

11. IX. 1917

184

**Die Wohnungsfrage im Verwaltungsausschuss.** Der hauptstädtische Verwaltungsausschuss hielt heute unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Stellvertreters Stephan Bárczy eine Sitzung, in welcher Magistratsnotär Dr. Elemér Millós das Referat führte. Neben den Monatsberichten gelangte auch der Halbjahrsbericht zur Verhandlung, in deren Verlauf die Wohnungsfrage zu einer längeren Debatte führte.

Dr. Béla Feleki befaßte sich in längerer Rede mit der vom Bürgermeister an die Regierung gerichteten Eingabe über die Wohnungsnoth. Die Wohnungsfrage — sagte er — muß ehestens gelöst werden, will man einer Katastrophe vorbeugen. Schon jetzt herrscht bei uns eine kolossale Wohnungsnoth; leere Wohnungen gibt es überhaupt nicht und die Parteien, denen die Wohnung gekündigt wird, sind nicht im Stande, eine neue zu finden. Tausende von Männern befinden sich auf dem Kriegsschauplatz und obwohl die Sterblichkeit in Budapest jetzt größer ist als im Frieden, hat die Zahl der Bevölkerung von Budapest dennoch zugenommen. Die Steigerung beträgt etwa 40,000 Seelen. In Folge der ungünstigen Wohnungsverhältnisse greift die Tuberkulose immer stärker um sich; 70 Prozent der Sterbefälle sind auf Rechnung dieser furchtbaren Krankheit zu schreiben. Redner billigt die Aktion des Bürgermeisters im Interesse der Errichtung möglichst zahlreicher Barackengebäude. In den Baracken könnten die militärischen Anstalten untergebracht werden, die jetzt so viele Schulen ihrer Bestimmung entziehen. Ferner würde sehr zur Besserung der Verhältnisse beitragen, wenn Staat und Hauptstadt die Institutionen, die gegenwärtig in Privathäusern untergebracht sind, ebenfalls in Baracken placirten. Redner theilt nicht die Ansicht, daß während des Krieges nicht

gebaut werden könne, denn wenn man die Stadt Ghöngyös rekonstruiren könne, ließen sich auch in Budapest Mittel und Wege finden, um die Bauhätigkeit zu ermöglichen. Redner urgirt die Revision des Baustatuts. Von großem Vortheil wäre es für das hauptstädtische Bauwesen, wenn die Hauptstadt endlich einmal vom hauptstädtischen Raurath befreit würde. Er wünscht, daß die Wohnungsfrage vor den Municipalausschuss gebracht werde und bittet zum Schlusse den Verwaltungsausschuss, sich ebenfalls mit dieser wichtigen Frage zu beschäftigen. Bürgermeister Stephan Bárczy bemerkt, daß sich das Municipium eingehend mit der Wohnungsfrage beschäftigen werde, er bittet daher den Ausschuss, der Stellungnahme des Municipiums nicht vorzugreifen und sich lediglich auf eine Unterstützung der zu fassenden Beschlüsse zu beschränken. Sodann polemisiert der Bürgermeister gegen die Ausführungen Dr. Feleki's und bestreitet, daß man jetzt bauen könnte. Jeder Material noch Arbeiter ständen zur Verfügung. Bauen könne jetzt nur das Militär, das über alle nöthigen Materialien verfüge. Die Civilbehörden könnten sich kein Material beschaffen, umsoweniger als die Ziegelfabrikation in Folge des Kohlenmangels stagnire. Nur das Militär könnte durch genügende Barackenbauten die Verhältnisse bessern. Wie das Beispiel des Pita-Spitals beweise, könne man in wenigen Wochen großartige, allen Anforderungen der Hygiene entsprechende Barackengebäude errichten. Ministerpräsident Wekerle verfolgte die Wohnungsfrage mit größter Aufmerksamkeit, so daß man auf eine entsprechende Lösung hoffen könne. Energisch müsse in erster Reihe die Evacuirung der vom Militär in Anspruch genommenen Schulen und die Unterbringung der betreffenden militärischen Anstalten in Baracken gefördert werden. — Dr. Béla Feleki wünscht, daß die Regierung ersucht werde, sich mit der Hauptstadt in Verbindung zu setzen und mit ihr gemeinschaftlich die Bauaktion einzuleiten. — Bürgermeister Bárczy theilt mit, Ministerpräsident Wekerle habe versprochen, die Aktion persönlich mit ihm zu besprechen. — Der Halbjahrsbericht des Bürgermeisters, sowie die übrigen Berichte wurden einstimmig zur Kenntniß genommen.

Die hauptstädtische sozialpolitische Kommission hat sich in ihrer heute unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Dr. Franz Déri abgehaltenen Sitzung gleichfalls mit der Wohnungsfrage beschäftigt. Zunächst wurde der bekannte Antrag des Oberfiskals Dr. Emerich Szabó zur Verhinderung der Mißbräuche bei der Vergebung von Wohnungen verhandelt; nach längerer Debatte wurde der Antrag im Allgemeinen angenommen. Sodann unterbreitete Fachreferent Dr. Emerich Fejérenegi ein Elaborat, das verschiedene Vorschläge zur Regelung der Mietverhältnisse, der Rechtsverhältnisse der Untermiether usw. enthält. Das Elaborat wird die Kommission in ihrer nächsten am 17. d. stattfindenden Sitzung verhandeln. Den letzten Gegenstand bildete eine Vorlage der sozialpolitischen Section betreffend die Errichtung eines Wohnungsamtes.